

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 23, Tel.: S 1 Scroffina 5481, Tel.-Adr.: Rote Fahne Berlin, Berl.: Berlin, Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 23, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montag

Anzeigenverwaltung: Das Interat, Allgemeine Interaten-Expedition GmbH, Berlin W 9, Scheffingstr. 1, Telefon: B 1 Kurzf. 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit ein. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,80 M., einschl. Trägerlohn, Postbezug pro Monat 2,60 M., nebst Bestellgeld. Streifenband im Inland 4,20 M., im Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Vollzeile 35 Pf.; die 8zeil. Zeil. 2,50 M. Arbeitermarkt u. Familienang.: 20 Pf., Kleine Anz.: 20 Pf., Ueberdrucksatz 30 Pf., Arbeitermarkt: Wort 5 Pf.



Signal zum Angriff!

Die Betriebs-Kampfwoche der Antifaschistischen Aktion beginnt! In den Betrieben wurzelt die Riesenkraft der Arbeiterklasse! Noch versuchen die Stützen der Bourgeoisie, diese Kraft in Fesseln zu schlagen. Brecht den Einfluß der Feinde der roten Einheitsfront! Gewinnt die SPD., christlichen, parteilosen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für die Antifaschistische Aktion der Tat! Keinen Pfennig Lohnabbau mehr! Führt den Kampf gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen Zerschlagung des Tarifvertrags! Stärkt die KPD., die RGO. und die roten Verbände! Schafft in allen Gewerkschaften die breite Oppositionsbewegung!

Die Unternehmer wollen die Belegschaften mit ihren braunen Söldlingen und Streikbrechergarden durchsetzen. Erzwingt die Entfernung der faschistischen Arbeitermörder und gelben Unternehmerknechte aus allen Betrieben! Schafft überall starke Betriebsformationen des roten Massenselbstschutzes! Jeder Betrieb eine Bastion des antifaschistischen Kampfes!

Tragt die Antifaschistische Aktion in alle Betriebe! Erobert die Betriebe!

Hitlerkurs ohne Nazifinanzler

Proletarische Massentrakt hört Regierungs-Kuhhandel — Papens Kabinett vorerst unverändert — Verschärfte Diktaturmaßnahmen — Melcher droht der „Roten Fahne“

Die gestrigen Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler um die Regierungsbildung sind ergebnislos abgebrochen worden. Nach einem amtlichen Kommuniqué sei Hindenburg bereit gewesen, dem Faschistenführer weitgehende Ministerposten im Reich und in Preußen einzuräumen, nachdem Hitler nach wie vor die Kanzlerschaft gefordert hatte.

Der Ausgang der Verhandlungen ist der Ausdruck der durch das schnelle Anwachsen der revolutionären Kräfte in der Antifaschistischen Aktion verursachten tiefgehenden Verunsicherung im Lager der Bourgeoisie. Er bedeutet keine Abschwächung, im Gegenteil, die beschleunigte und verschärfte Fortsetzung der faschistischen Diktaturmethoden zur Niederwerfung des revolutionären Massenwiderstandes und ihrer organisierenden Kraft, der KPD. Noch während der Verhandlung zwischen Hitler und Hindenburg übersandte der

Polizeipräsident von Berlin der Redaktion der „Roten Fahne“ eine Verwarnung, worin er das Verbot des kommunistischen Zentralorgans auf die Dauer der „gesetzlichen Sühnegränze“ androht.

Die Hindenburg, Schleicher und Papen waren auch in der gestrigen Unterredung mit dem Faschistenführer bereit, die nationalfaschistische Organisation im weitgehendsten Maße als unmittelbare Stütze der kapitalistischen Diktatur zur Regierung heranzuziehen. Der Hitler-Partei ist das Vizekanzleramt im Reich und Personalunion mit dem preußischen Ministerpräsidenten und einige weitere Ministerposten angeduldet worden. Die dem Reichswehrministerium und Reichspräsidentenpalais nächstliegende Presse verrät in den letzten Tagen offen, warum die Bourgeoisie an die von Hitler geforderte Kanzlerschaft und faktisch alleinige Regierungsübertragung an die KPD keine Konzessionen machen konnte. „Möge es dem Reichspräsidenten gelingen“, schrieb die Hugenbergpresse, „Hitler davon zu überzeugen,

daß aus außen- und innenpolitischen Gründen ein Kanzlerwechsel und eine Übergabe der gesamten Staatsführung an die Nationalsozialisten nicht möglich ist.“ „Hitler sollte seinen Anspruch auf die Kanzlerschaft aufgeben“, ergänzte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, „und zwar in seinem eigenen Interesse.“

Einerseits fürchtet die Bourgeoisie bei einer Kanzlerschaft Hitlers seine beschleunigte Diskreditierung als Agent der kapitalistischen Ausbeuter und andererseits — das sind ihre gewichtigen Beweggründe — würde bei einer Alleinregierung Hitler dem bisherigen Weimarer Koalitionsblock die parlamentarische Fokalisierung und außerparlamentarische Unterstützung der Hitler-Regierung außerordentlich erschwert werden. Rief bereits das freibühnerische Verhalten der SPD- und USV-Bürokratie beim Staatsstreich in Preußen am 20. Juli Erbitterung und Empörung bei den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Massen hervor, so würde die Rolle des USV. und der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze im Lager der Arbeiterklasse im Angesicht großer nahender Arbeitskämpfe gegen Lohnabbau und Tariferschlagung noch weit gefährdeter werden. Nicht weniger schwierig würde für das Zentrum die „Lokal“-Witarbeit an der Verteidigung der mit einer Kanzlerschaft Hitlers drapierten kapitalistischen Diktatur angesichts der tiefgehenden antifaschistischen Haß- und Kampfesstimmung der christlichen Arbeiterklasse gegen die streikbrecherischen und arbeitermordenden Verbände des Hakenkreuzes. Hinzu kommen die widerstreitenden ökonomischen Interessen der bürgerlich-kapitalistischen Gruppen und Parteien, die von einer alleinigen Machtübernahme Hitlers eine